

Überregionaler Pressespiegel 22.12.2011

Junge Welt | 22.12.2011

Dresden: Geldstrafe für Blockierer

Dresden. Wegen der Beteiligung an den erfolgreichen Massenblockaden eines Neonaziaufmarschs im Februar in Dresden ist erstmals ein Angeklagter verurteilt worden. Das Dresdner Amtsgericht verhängte am Mittwoch eine Geldstrafe von 300 Euro gegen einen 22jährigen Studenten. Er habe sich am 19. Februar an einer Blockade gegen den rechten Aufmarsch beteiligt und damit gegen das Versammlungsgesetz verstoßen. Der Richter verwies darauf, daß auch Minderheiten in einem Rechtsstaat Grundrechte hätten.

In Dresden laufen unterdessen die Vorbereitungen für neuerliche Massenblockaden im Februar. Am heutigen Donnerstag findet ab 18 Uhr auf der Fußgängerinsel vor Thalia am Dr.-Külz-Ring dazu eine Aktion statt. (dapd/jW)

<http://www.jungewelt.de/2011/12-22/057.php>

Süddeutsche Zeitung | 22.12.2011 | 6:10 Uhr

Neonazi-Gegner verurteilt

Dresden - Wegen der Blockade eines Neonazi-Aufmarschs in Dresden hat es einen ersten Schuldspruch vor Gericht gegeben. Das Dresdner Amtsgericht verhängte am Mittwoch eine Geldstrafe von 300Euro gegen einen 22-jährigen Studenten. Er sei am 19.Februar an einer Blockade gegen einen genehmigten Neonazi-Großaufmarsch beteiligt gewesen und habe damit gegen das Versammlungsgesetz verstoßen. In einem anderen Verfahren war ein mutmaßlicher Blockade-Teilnehmer aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden. Im aktuellen Prozess ging Strafrichter Hajo Falk deutlich über das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmaß hinaus. Der Richter verwies darauf, dass auch Minderheiten in einem Rechtsstaat Grundrechte hätten. Die Anklagebehörde hatte gefordert, den Angeklagten nur zu verwarnen, eine Geldstrafe wurde nur angedroht. Der Mann hatte ursprünglich einen Strafbefehl über 150 Euro erhalten. Weil er diesen nicht akzeptierte, kam es zu dem Prozess. In der Verhandlung schwieg er zu den Vorwürfen. Seine Verteidigerin forderte einen Freispruch. dapd

<http://www.sueddeutsche.de/p5438l/382972/Neonazi-Gegner-verurteilt.html>

MUT gegen rechte Gewalt | 22.12.2011 | Patrick Bauer

erschienen in NEON – das junge Magazin vom stern / Ausgabe Januar 2012

So links wie Jesus

Seit die drei Rechtsterroristen aus Jena bekannt wurden, ist der Pfarrer Lothar König ein gefragter Experte. Dabei zeigt sein Fall: Wer Neonazis bekämpft, den bekämpft oft der Staat.

Ist Lothar König ein Linksextremist? Nun: Er sieht aus wie ein obdachloser Karl Marx. Oder wie der liebe Gott in einer anarchischen Phase. Er dreht seine Zigaretten. Er redet gerne vom »System« und ist kein großer Freund davon. Er glaubt daran, dass alle Menschen gleich sind. Er glaubt aber nicht, dass alle gleich behandelt werden. Er mag die Punks, die zu ihm kommen mit ihren Hunden und ihrer Wut, er nennt sie liebevoll »Punkies« und hört ihnen und ihrer Musik zu. Er demonstriert auch noch gegen den letzten Castor-Transport. Und er ist ein Antifaschist, er hat sich den Neonazis immer in den Weg gestellt, in Jena, wo er der Jugendpfarrer ist, aber auch anderswo. Ja, Lothar König steht politisch ziemlich weit links. Und ja, in seinem Engagement für die jungen Leute in seiner evangelischen Gemeinde und für die Sache, die er für richtig hält, ist er extrem, er nimmt keine Rücksicht auf seine Gesundheit, König diskutiert und trinkt mehr, als er schläft.

Aber macht ihn all das zu einem Staatsfeind? Am 10. August 2011 durchsuchten sächsische Polizisten trotz drohender Verletzung des Seelsorgegeheimnisses die Dienstwohnung von Lothar König in Jena. Der Vorwurf: Landfriedensbruch. Während einer Demonstration gegen den Neonaziaufmarsch in Dresden am 19. Februar 2011 soll König von seinem Lautsprecherwagen zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben. Zuvor hatte die Dresdner Staatsanwaltschaft bereits ein anderes Verfahren gegen König eingeleitet, wegen der »Bildung einer kriminellen Vereinigung«. Die »Bild«-Zeitung fragte nach der Razzia: »Wie gefährlich ist dieser Pfarrer wirklich?«

Aus dem Spinner ist jetzt ein Experte geworden

Jetzt ist Lothar König wieder in den Schlagzeilen. Aber nicht als Linksextremer. Sondern als jemand, der die Rechtsextremen kennt. König, 57 Jahre alt, sitzt im Hinterhof seiner »Jungen Gemeinde«, aus den Lautsprechern an der bunt bemalten Fassade läuft Revolutionsliedgut, und der Pfarrer dreht sich noch eine. »Ich muss aufpassen, dass ich mir nicht zu wichtig vorkomme«, sagt er. Jeden Tag hat er Interviews gegeben, der »Spiegel« war da, die ARD, sogar jemand vom »Guardian« aus London. Seitdem bekannt wurde, dass das aus Jena stammende Neonazitrio, das sich angeblich »Nationalsozialistischer Untergrund« nannte – Beate Zschäpe sowie die beiden verstorbenen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt –, für mindestens zehn Morde verantwortlich ist und sich offenbar nicht nur auf viele gleichgesinnte Unterstützer, sondern auch auf die bestenfalls unfreiwillige Hilfe von Verfassungsschutz und Polizei verlassen konnte, seitdem wollen alle von Lothar König wissen: Wie konnte es so weit kommen? Aus dem Spinner ist ein Experte geworden.

Es ist nicht so, dass Lothar König den Menschen in den Kopf schauen kann, aber er war eben dabei, als die Köpfe der meisten heranwachsenden Männer in Jena kahl geschoren waren, 1990 wurde er hier Jugendpfarrer. Rechte Skinheads hatte es schon in der DDR gegeben, nach der Wende wurden es immer mehr. Die Erwachsenen in Jena waren mit sich selbst beschäftigt, jeder versuchte, halbwegs unbeschadet in den Kapitalismus zu kommen, die Lehrer erzählten von einem Tag auf den anderen von Vorbildern, die vorher Feinde gewesen waren. Die Jugendlichen suchten Halt, gerade in den Plattenbausiedlungen von Lobeda am Rande der idyllischen Universitätsstadt, dort, wo die drei »Neonazi-Terroristen« lebten. Lothar König erzählt den Pressevertretern, wie die Rechten die Jugendclubs unterwanderten, wie Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in SS-Uniform im berühmten »Winzerclub« auftauchten, dass ihnen kaum jemand Gegenwehr leistete. Wäre Mundlos, das schlaue Professorensohnchen, zufällig zu ihm in die Gemeinde gekommen, sagt König, wer weiß, ob er je in den Untergrund gegangen wäre, denn Lothar König nimmt jeden ernst und rennt vor Streit nicht weg.

Am Anfang dachte König, man müsse mit Neonazis nur reden

König dachte am Anfang, man müsse mit den Neonazis wirklich nur reden. Bis sie ab spätestens 1993 ganz Jena tyrannisierten. In die »Junge Gemeinde« flohen damals alle, die sich nicht mehr allein auf die Straße trauten: die Linken, Alternativen, Andersaussehenden. Die Gemeinde wurde regelmäßig angegriffen, ein Wunder, dass Lothar König nur einmal Gewaltopfer wurde, ein Burschenschaftler schlug ihn 1997 in der Fußgängerzone zu Boden. Eine tiefe Narbe ist auf seiner Stirn geblieben. König, der entweder eine Kippe oder sein Handy oder beides in den Händen hält, ruft nun die engsten Mitarbeiter zusammen, er schreit: »Kommt, schnelle Runde!« Dann soll jeder berichten, woran er gerade arbeitet, aber König hat keine Geduld, er ruft »Schneller!«, um dann selbst langatmig zu erklären, Deutschland habe zumindest in Thüringen kurz vor einem rechten Putsch gestanden. »Tschuldigung, jetzt war ich nicht schnell«, sagt er. Alle lachen. Nur eine nicht: Katharina König. Sie kommt gerne zum Punkt, anders als ihr Vater. König, 33 Jahre alt, einzige Tochter von vier Kindern, sitzt für die Linke im Landtag von Thüringen. Was sie von ihrem Vater geerbt hat: das Talent, sich mit allen anzulegen. In ihrer Fraktion ist König eine Außenseiterin. Sie hält die DDR für einen Unrechtsstaat, ist proisraelisch und radikal antifaschistisch, das sind ein paar klare Positionen zu viel. Wie ihr Vater trägt Katharina König eine Narbe, 1993, mit fünfzehn Jahren, wurde sie mit einem Baseballschläger zusammengeschlagen. Danach begann ihr Vater, alles über die rechte Szene in Jena zu dokumentieren, Treffen, Personen, Beziehungen. Diese Spuren der Neonazis füllen viele Aktenordner in seinem chaotischen Büro, die »Junge Gemeinde« veröffentlicht seit Jahren Broschüren über rechte Strukturen. In diesen Tagen wird der Vorrat an den gelben Heftchen knapp. Lothar König hat das gemacht, wofür der Verfassungsschutz eigentlich da sein sollte: Informationen gesammelt. Deswegen kann er den Journalisten den Werdegang der drei Terroristen erklären, ohne sie je persönlich getroffen zu haben. Seine Tochter dagegen wurde von Uwe Mundlos einst fast überfahren, und Beate Zschäpe brach einer Freundin auf dem Weihnachtsmarkt den Fuß. »Ich habe in den letzten Jahren immer wieder an die drei gedacht«, sagt Katharina König, »aber so eine Mordserie hätte ich mir nie vorstellen können.« Sie wird derzeit als Parlamentarierin über Hintergründe informiert, die sie fassungslos machen, sie darf darüber nicht reden – es ist unwahrscheinlich, dass all die politischen Verstrickungen je an die Öffentlichkeit gelangen. Man kann das Gefühl bekommen, nicht der Verfassungsschutz habe die Neonaziszene unterwandert, sondern die Neonazis den Verfassungsschutz.

»Auf diesen Triumph hätte ich gerne verzichtet«

»Auf uns hat nie jemand gehört«, sagt Katharina König. 1998, im selben Jahr in dem Zschäpe, Mundlos und Bönnhardt untertauchten, sprengte sich einzenebekannter Neonazi in Jena-Lobeda in die Luft, er hatte mit Sprengstoff hantiert. Wie zuvor das Terrortrio. Die Königs machten die Ermittler auf den Zusammenhang aufmerksam. Es bestehe bei dem verstorbenen Bombenbastler kein politischer Hintergrund, hieß es damals. Heute weiß man es besser, heute weiß die Öffentlichkeit vieles, was die Königs schon 1998 wussten, als niemand sonst es wissen wollte. »Für mich ist die späte Anerkennung kein Triumph«, sagt Katharina König, oder: »Auf diesen schlimmen Triumph hätte ich gerne verzichtet!«

Jena sei heute, so sagt es der SPD-Oberbürgermeister Albrecht Schröter, kein »braunes Nest« mehr, bei der letzten Bundestagswahl erhielt die NPD nur 1,9 Prozent der Stimmen. Aber der Spuk ist nicht vorbei. Erst im Oktober soll ein Punk von Neonazis schwer verletzt worden sein, die Ermittlungen gehen mal wieder schleppend voran. Über Lothar König sagt Schröter, selbst Zielscheibe der Neonazis: »Er geht weite Wege mit den

Jugendlichen, damit diese nicht zu weit gehen.« Schröter sagt auch: »Lothar ist bisweilen unbequem, weil er vielen zu laut und zu schrill ist.« König musste sich viele Jahre anhören, er beschmutze mit seinem Anti-Nazi-Protest die Stadt Jena, in den Neunzigerjahren hieß es oft, Rechtsradikalismus sei eben ein soziales Problem, die Neonaziüberfälle Teil von Bandenstreitereien. Und selbst in jüngster Vergangenheit, während ein breites Bündnis in Jena Naziveranstaltungen verhinderte, galt Lothar König als Bürgerschreck, die Förderungen für seine Gemeinde wurden gekürzt. Erst jetzt, als das Ausmaß des rechten Terrors in Thüringen klar wird, fragt sich auch so mancher Jenaer, ob nicht König der Einzige war, der wirklich niemals weggeschaut hat. Im alten Stadtkern von Jena-Lobeda steht das »braune Haus«, wegen Baumängeln derzeit unbewohnbar, im Garten ist eine Reichsflagge gehisst. Hier verschanzten sich ab 2002 rechte Kameradschaften und die NPD, es wurde gesungen, Propaganda gestreut, und es ist gut vorstellbar, dass Menschen wie Ralf Wohlleben, Ex-NPD-Funktionär und einer der Pächter des Hauses, Kontakt zu den abgetauchten Neonazis hielten. Ende November 2011 wurde Wohlleben festgenommen, der Vorwurf: Beihilfe zu sechs Morden. Früh bildete sich gegen das »braune Haus« eine Anwohnerinitiative. Deren Gründerin sagt: »Uns war das nie geheuer, wenn Lothar König zu Mahnwachen mit seinem Lautsprecherwagen kam. Die Nachbarn hier wollen kein Aufsehen. Aber heute muss ich sagen: Wir alle sollten König dankbar sein.«

König sagt, sein Handy werde abgehört, und lässt es an

Die Solidarität mit Lothar König war bereits nach der Durchsuchung seiner Wohnung groß. Kameraaufnahmen beweisen, dass König während der Dresdener Demonstration wohl eher deeskalierend wirkte. Den sächsischen Behörden, die nicht zum ersten Mal ein fragwürdiges Verhältnis zu rechtsstaatlichen Prinzipien offenbarten, ging es wohl aber vor allem um die Verfolgung jener »kriminellen Vereinigung« nach Paragraph 129, deren Kopf Lothar König sein soll. Die Vorwürfe sind größtenteils abstrus. Der höchst umstrittene Paragraph 129, der Kritikern zufolge überwiegend gegen linke Aktivisten eingesetzt wird, gilt als »Schnüffelparagraf«, da es nur in den wenigsten Verdachtsfällen überhaupt zur Anklage kommt, er aber den Ermittlern vorher die Möglichkeit gibt, Beschuldigte umfangreich abzuhören. Im Zuge der Demonstration in Dresden hatten die Behörden mehr als 250 000 Mobilfunkanschlüsse angezapft.

Am Abend, nach der »Volxküche« und den Veggieburgern, kurz vor dem Konzert einer französischen Punkband, gibt es unter dem Dach der »Jungen Gemeinde« eine Informationsveranstaltung zum Paragraphen 129. Fast alle sind hier von den Ermittlungen betroffen, fast alle waren in Dresden, junge Leute, deren Führungszeugnis und damit Leben dauerhaft beschädigt ist, wenn sie verurteilt werden. Über das Verfahren gegen Lothar König wird bald entschieden. Er sagt, sein Handy werde sicher abgehört, er lässt es trotzdem angeschaltet, denn machte er es aus, hieße es bestimmt, er habe etwas zu verbergen. Über das Verfahren wegen Landfriedensbruchs heißt es aus der Staatsanwaltschaft: dem Pfarrer drohten mindestens Sechs Monate Haft. Das klingt, sagt Lothar König, nach dem Versuch, einen Deal auszuhandeln. Würde er zu mehr als einem Jahr Haft verurteilt, wäre er für die Kirche, die immer hinter ihm stand, nicht mehr tragbar. Kommt König mit einem halben Jahr davon, sind sein Job und seine Gemeinde gerettet. Aber als Gegenleistung müsste König künftig schweigen.

Von Linken fühlen sich Polizisten persönlich bedroht

König trinkt das ganze Glas Rotwein auf einmal aus und sagt, das alles erinnere ihn an die Stasi, die ihn auch aus dem Verkehr ziehen wollte. Er sitzt mittlerweile im Jenaer Stadtrat,

er tut sich sein Leben lang schwer mit den Systemen, die ihn umgeben, aber er ist ein Demokrat. Der Versuch, Lothar Königs Arbeit zu kriminalisieren, zeigt, dass die Behörden nicht nur oft auf dem rechten Auge blind sind, sondern auch auf dem linken besonders scharfsichtig. Mindestens 148 Menschen sind seit der Wende durch rechte Angriffe in Deutschland ums Leben gekommen. Es ist nicht bekannt, dass seit dem Ende der RAF in Deutschland auch nur ein einziger Mensch durch linke Gewalt starb. »Linksextreme« Träume und Überzeugungen können nicht mit rechtsextremen Gewaltexzessen gleichgesetzt werden. Wenn, dann richtet sich linke Gewalt gegen Gegenstände und gegen Polizeibeamte, das gehört natürlich verfolgt, erklärt aber auch, warum die Polizeigewerkschaft nicht müde wird, selbst jetzt, in Zeiten rechten Terrors, vor Linksextremen zu warnen. Von Linken fühlen sich Polizisten eben persönlich bedroht. Selbst die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder handelt immer wieder so, als vertrete sie die Totalitarismustheorie »rechtsextrem gleich linksextrem«, noch vor anderthalb Jahren warnte sie davor, linksextreme Gewalt »zu verharmlosen«. Aber ab wann ist man ein Extremist? Wenn man Straßen blockiert, damit Neonazis nicht marschieren können? Die sogenannte »Extremismusklausel« der Bundesfamilienministerin, mit der geförderte Initiativen sich vage zur »freiheitlich demokratischen Grundordnung« bekennen sollen, erschwert auch in Thüringen die Arbeit gegen rechts und stellt alle Aktivisten unter Generalverdacht, wie eine hauptberufliche Ärztin vom »Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Jena« beklagt.

Während der Diskussion über den Paragraphen 129 schreit irgendwann »Sepp«, einer von Königs »Punkies«: »Jetzt hört doch mal auf, immer nur über Politik zu reden! Mir geht's nicht um Politik, ich habe nur Hass auf die Scheißnazis. Drei Freunde von mir sind von Nazis getötet worden! Ich will die einfach nur kaputt kloppen!« König schweigt, was nicht oft passiert, dann sagt er: »Sepp, du wurdest gehört. Wir verstehen dich. Aber nur mit Hass geht es nicht.« Die Leute in der »Jungen Gemeinde« haben nicht viel mit Gott am Hut, aber manchmal verstehen sie, woran König glaubt: Er erklärt ihnen, dass, wenn man so will, schon Jesus linksextrem war. Er sagt ihnen, dass sie nicht resignieren sollen, sondern die Gesellschaft mitgestalten. Wenn Lothar König ein Linksextremist ist, gibt es zu wenige Linksextremisten.

<http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/reportagen/so-links-wie-jesus-2011-12>

Pressrelations | 22.12.2011 | 15:36 Uhr

LINKE kritisiert Urteil gegen Nazi-Blockierer

Am gestrigen Mittwoch, 21. Dezember 2011, verurteilte das Dresdner Amtsgericht einen 22-jährigen Antifaschisten nach §21 Versammlungsgesetz zu einer Geldstrafe von 300 Euro, weil er sich am 19. Februar 2011 an einer Blockade gegen den jährlich stattfindenden Neonazi-Großaufmarsch beteiligte. Dazu erklärt Janine Wissler, Mitglied im Parteivorstand der Partei DIE LINKE:

Das Urteil hat eine politische Dimension. Nicht nur, dass der Amtsrichter in der Urteilsbegründung mit dem „Minderheitenschutz für Nazis“ argumentierte. Er ging in seinem Urteil auch über die Forderung des Oberstaatsanwaltes hinaus, der lediglich eine Verwarnung forderte. Mit dem Richterspruch soll, wenige Tage nach dem Mobilisierungsaufakt zu den Blockaden des Naziaufmarsches im Februar 2012, ein Exempel statuiert werden. Potenzielle Blockiererinnen und Blockierer sollen bewusst abgeschreckt und antifaschistisches Engagement kriminalisiert werden.

DIE LINKE ruft auch im kommenden Jahr zur Blockade des Neonazi-Großaufmarsches in Dresden auf. Vor dem Hintergrund der jüngst aufgedeckten neonazistischen Mordserie und der skandalösen Verstrickungen des Verfassungsschutzes, ist es auch im nächsten Jahr dringend notwendig, sich den Nazis in den Weg zu stellen.

http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?aktion=jour_pm&r=478479

MDR 1 Radio Sachsen | 22.12.2011 | Nachrichten 16:00 Uhr

Strafanzeige wegen Ermittlungen gegen Pfarrer König

Dresden - Die Staatsanwaltschaft bearbeitet im Fall des Jenaer Pfarrers Lothar König eine Strafanzeige wegen Verfolgung Unschuldiger. Darüber hat Sachsens Justizminister Jürgen Martens dem Rechtsausschuss des Landtages berichtet. Königs Anwalt habe Anzeige gegen Staatsanwälte und Kriminalisten gestellt, weil es nach seiner Meinung zu keinem Zeitpunkt einen berechtigten Anfangsverdacht gegen König gab, hieß es. In einem anderen Verfahren hat Dresdens Staatsanwaltschaft Anklage gegen den Pfarrer wegen schweren Landfriedensbruchs erhoben. Dabei geht es um seine Teilnahme an Protesten gegen Neonazis am 19. Februar dieses Jahres.

<http://www.mdr.de/sachsen/nachrichten102.html#anchor2>

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 21.12.2011

EANN.de | 21.12.2011 | DP

Blockierer von Nazi-Demo schuldig gesprochen

[Dresden] Mit einem Schuldspruch ging heute am Amtsgericht Dresden ein viel beachteter Strafprozess gegen einen Studenten zu Ende. Dem 22-Jährigen wurde vorgeworfen, den Aufzug einer rechtsextremistischen Organisation blockiert zu haben.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Angeklagte am 19. Februar 2011 mit dazu beigetragen hat, dass ein genehmigter Aufzug von Rechtsextremisten gestört und verhindert wurde. Er wurde deshalb zu einer Geldstrafe von 300 Euro verurteilt und muss die Kosten des Verfahrens tragen. Das Gericht ging damit deutlich über das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmaß hinaus. Die Staatsanwaltschaft hatte lediglich eine Verwarnung und nur im Falle der Nichtbewährung eine Geldstrafe von 150 Euro gefordert.

In seiner Urteilsverkündung übte der Strafrichter scharfe Kritik an der Verteidigung des Angeklagten. Sie habe nach seiner Ansicht versucht, das Strafverfahren zu einer politischen Angelegenheit zu machen. In ihrem Schlussplädoyer hatte die Verteidigerin ein politisches Signal vom Gericht verlangt. „Wir schulden den Menschen eine Entschuldigung, die seit langem sagen, dass Nazis Menschen umbringen, und die dafür für Spinner gehalten wurde“, forderte die Verteidigerin im Plädoyer. Diesen Zusammenhang wies das Gericht vehement zurück. „Ich lasse mich nicht in irgendeine Ecke drängen“, rief der Strafrichter in Richtung Anklagebank. Zwar sei es auch für ihn unverständlich, dass eine Nachfolgeorganisation der Partei, die für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich sei, einen Aufzug durchführe. Es sei in dem Verfahren aber nicht um rechts oder links gegangen, sondern um das Versammlungsrecht. Das sei ein Grundrecht und stehe auch unbeliebten Minderheiten wie Rechtsextremisten zu. „Minderheiten sind deshalb Minderheiten, weil sie gerade nicht an der Macht sind“, fügte der Richter in seiner mündlichen Urteilsbegründung hinzu.

Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer die Aufmärsche als „für jeden Dresdner fürchterlich“ bezeichnet. Eine Demonstration von 100.000 Dresdnern in Hör- und Sichtweite der Rechten sei nach den Worten des Staatsanwalts wünschenswert. Eine gesetzeswidrige Blockade könne aber nicht hingenommen werden, da der Zweck nicht die Mittel heilige, so die Anklagebehörde.

Im Verlauf der Verhandlung war strittig geblieben, ob der Angeklagte sich zu Blockadezwecken auf der Straße aufgehalten hatte oder ob er als Passant zu der Menschenansammlung dazugekommen sein könnte. Ein Zeuge hatte ausgesagt, dass zwischen der Räumungsaufforderung der Polizei und der Einkesselung und der Feststellung der mutmaßlichen Blockierer mehr als zwei Stunden vergangen seien. In dieser Zeit sei es jedem möglich gewesen, sich an frei zu bewegen. Für hinzugekommene Passanten sei es laut der Zeugenaussage nicht ersichtlich gewesen, dass man sich dort nicht hätte aufhalten dürfen. Der Strafrichter wertete es dagegen als „lebensfremd“, dass der Angeklagte aus anderen Gründen als dem der Blockade vor Ort gewesen sei könnte.

Der Angeklagte selbst äußerte sich während der Verhandlung nicht zu den Vorwürfen. Er richtete lediglich ein Schlusswort an das Gericht, wonach er es für bestürzend halte, „wie mit friedlichen Demonstranten umgegangen wird“. Diese Aussage wertete der Richter letztlich als Eingeständnis, dass der Angeklagte die Absicht gehabt habe, gegen den Aufzug der Rechtsextremen zu demonstrieren. Deshalb sei er wegen der Verhinderung eines genehmigten Aufzugs für schuldig zu sprechen. Gegen das Urteil kann Revision

ingelegt werden.

Rechtsextremistische Organisationen nutzen seit langem den Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg zu Aufmärschen. Den diesjährigen Aufruf des Bündnisses „Dresden nazifrei“, sich den Rechten am 19. Februar 2011 in den Weg zu stellen, hatten zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen mitgetragen. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs zählten unter anderem Wolfgang Thierse (SPD), Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, und der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan J. Kramer. Kirchengemeinden hatten an diesem Tag mit mehr als 50 Mahnwachen ein Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt, 17.000 Menschen gegen den Aufzug der Rechten demonstriert. Am Rande war es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Autonomen und der Polizei gekommen.

Die Ermittlungsbehörden waren im Nachgang der Demonstrationen bundesweit in die Kritik geraten. Bei einer Funkzellenauswertung wurden mehr als eine Million Handy-Verbindungsdaten erfasst, was Datenschützer als unverhältnismäßig kritisierten. Im August des Jahres hatte eine Hausdurchsuchung sächsischer Polizeikräfte bei dem thüringischen Pfarrer Lothar König zu einem scharfen Protest der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland geführt. Dem Pfarrer wird vorgeworfen, am 19. Februar zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen zu haben.

<http://www.eann.de/blockierer-von-nazi-demo-schuldig-gesprochen/11385/>
